

V0185/22

Ortsumfahrung Unsernherrn im Zuge der Bundesstraße 13
Stellungnahme der Stadt Ingolstadt

(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)

Stadtrat vom 31.03.2022

Stadtrat Wöhl möchte noch einmal betonen, dass man in der heutigen Sitzung lediglich die Westvariante ablehne. Alle anderen Varianten im Osten seien noch offen. Diese werden nun nach bestimmten Kriterien, wie Lärmschutz, geringerer Flächenverbrauch und Umweltschutz geprüft. Erst nach dieser Prüfung könne man sich auf eine Variante festlegen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stimmt Stadtrat Wöhl zu. Mit der Ablehnung der Westvariante spreche man sich nicht gleichzeitig für eine andere Variante des staatlichen Bauamtes aus. Die Stadt Ingolstadt möchte zuerst eine Variante finden, die den in der Beschlussvorlage aufgeführten Maßgaben am besten entspreche. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass man heute nicht die Variante 2 des staatlichen Bauamtes beschließe.

Man stimme heute über zwei Punkte ab, teilt Stadtrat Köstler mit. Der erste Punkt sei die Ablehnung der westlichen Variante und der zweite, die bei einer östlichen Variante zu berücksichtigenden Kriterien. Stadtrat Köstler schlägt jedoch vor, einen weiteren Abstimmungspunkt in die Beschlussvorlage mitaufzunehmen. Es müsse anhand der in Auftrag gegebenen Massenverkehrsmittelstudie geprüft werden, ob es möglich wäre die entsprechenden Bedarfe mittels Massenverkehrsmittel abzudecken. Sollte dies möglich sein, könnte man so vielleicht von einem Ausbau der Bundesstraße 13 absehen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass der Ausbau der Bundesstraße 13 ein Projekt des Bundes ist. Man könne natürlich über den Nichtausbau abstimmen. Es sei jedoch fraglich, ob es dafür im Stadtrat eine Mehrheit geben würde.

Stadtrat Witty schildert, dass die Variante 2 des staatlichen Bauamtes sehr weit im Osten verlaufen würde und einen Minimalabstand von einigen 100 Metern zur Autobahn besäße. Deshalb möchte er vom staatlichen Bauamt, auch angesichts der derzeit kalkulierten Investitionen von 87 Million Euro wissen, welche Streckenersparnis sich dann bei der Umgehungsstraße im Vergleich zum Weg über Autobahn ergeben würde. Er bittet die Stadtverwaltung diesbezüglich eine Stellungnahme vom staatlichen Bauamt einzuholen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf berichtet, dass man bezüglich der Ortsumfahrung bereits vor Monaten schon ein Gespräch mit dem staatlichen Bauamt geführt habe. Für ihn persönlich seien die Planungen auch viel zu groß gedacht. Man könne in der heutigen Zeit nicht mehr solch riesige Projekte realisieren. Zudem würde der Ausbau auch viel flächensparender umgesetzt werden können. Deshalb wünscht sich Oberbürgermeister Dr. Scharpf vom staatlichen Bauamt eigentlich eine andere Variante. Die Prüfung nach einer weiteren Variante möchte man auch mit dem heutigen Beschluss anstoßen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass für sie bei diesem Prozess die Information der Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig ist. Es sei unerlässlich in regelmäßigen Abständen über den Planungsstand und neue Überlegungen zu berichten. Nur so komme man zu einer allseits akzeptierten und verträglichen Lösung. Der nun in der Beschlussvorlage vorgestellte

Maßgabenkatalog stelle gut die konkrete Vorstellung der Stadt Ingolstadt dar, wie die Trasse einmal ausgestaltet sein könne. Abschließend ist Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll der Meinung, dass die Westvariante auch aus verkehrstechnischer Sicht keinen nennenswerten Vorteil mit sich bringen würde und man sie deshalb ablehnen werde.

Stadtrat Süßbauer stimmt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll zu, dass die Westvariante keine Vorteile habe. Aber auch die Variante 2 des staatlichen Bauamtes sei für den Südosten nicht verträglich. Man stimme zwar heute nicht über die Variante 2 ab, aber der Vorschlag, den Verkehr von Unsernherrn in einem großen Bogen Richtung Südosten zu verlagern, werde von den dortigen Bürgern nicht gut angenommen.

Die Westvariante, die die Landschaft grob durchschneidet, auszuschließen sei schon einmal ein Anfang, so Stadträtin Leininger. Zu den anderen Varianten bräuchte man jetzt noch gar nicht diskutieren, da man nun die Möglichkeit habe, die Vor- und Nachteile aller Varianten zu prüfen. Am Ende des Prüfungsprozesses werde man sehen, welche Variante sich durchsetze. Stadträtin Leininger sieht auf jeden Fall in dem Prüfungsprozess die Chance, die beste Trasse zu finden. Einen möglichen Nichtausbau der Bundesstraße 13 als Resultat des Prüfungsprozesses, so wie ihn Stadtrat Köstler beschrieben habe, schließe sie aus, da viele Leute von diesem Ausbau betroffen seien. Zusammengefasst sei die Prüfung notwendig und äußerst sinnvoll, damit der Stadtrat verantwortungsvoll entscheiden könne.

Natürlich werde man die Westvariante heute ausschließen, teilt Stadtrat Grob mit. Er möchte aber ausdrücklich betonen, dass man den Verkehr nicht einfach nur ein paar Kilometer nach Osten verschiebe. Dies dürfe und werde auch nicht passieren. Die Gründe, warum man die Westvariante nicht weiterverfolge, seien vielfältig und bereits in den Fachausschüssen diskutiert worden. Man werde sich jetzt auch nicht für eine andere vom staatlichen Bauamt vorgeschlagene Variante aussprechen. Stadtrat Grob führt weiter aus, dass Mitglieder des Bezirksausschusses Südost ihre Angst vor einer Verlagerung des Verkehrs von Unsernherrn in Richtung Ringsee geäußert haben. Damit es nicht zu solch einer befürchteten Verkehrsverlagerung komme, müsse der Stadtrat sehr genau bei der Variantenauswahl aufpassen. Stadtrat Grob versichert, dass man die Ängste und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger im Südosten bei der weiteren Planung sehr ernst nehmen werde. Deshalb müsse man im nächsten Schritt einen Kompromiss finden, der die Bürger von Unsernherrn entlastet, aber die Bevölkerung von Manching und vor allem des Südostens nicht belaste.

Stadtrat Dr. Böhm verstehe das staatliche Bauamt nicht mehr. Man rede zwar davon, dass in 30 Jahren nur noch Elektroautos und Wasserstofflastwagen auf den Straßen unterwegs sein werden, aber dann baut man immer noch riesige Schutzmaßnahmen gegen Lärm und Abgase

Gegen 3 Stimmen (Stadträtin Bulling-Schröter, Stadtrat Pauling und Stadtrat Köstler):
Entsprechend dem Antrag genehmigt.